

Demorede 18.04.2015, Koblenz Gegen TTIP & Co.

Freihandelsideologie ist kalter Kaffee! In der Krise des Kapitalismus wird er nur neu aufgewärmt. TTIP, CETA, TiSA und alle weiteren Handels- und Investitionsabkommen sind nur eine Neubelebung einer seit dem 19. Jahrhundert immer wieder verfolgten, aber ausgedienten Ideologie.

Sie haben vermutlich alle schon gehört:

Von den Wachstumsprognosen, die unwahrscheinlicher sind als jede

Wettervorhersage,

vom Investitionsschutz mit seinen undurchsichtigen und wirtschaftsnahen

Schiedsgerichten,

von den Stillstandsregelungen, die alle Deregulierungen und Liberalisierungen rechtlich verewigen wollen und

von den Gefahren für Umweltschutz - z.B. durch Fracking,

von den Gefahren für den Verbraucherschutz - z.B. durch genmanipulierte Produkte, oder

von den Gefahren für den Arbeitnehmerinnenschutz - durch die vermutliche Herabsetzung sozialer Standards.

Das alles ist die Oberfläche des kaputten kapitalistischen Betriebssystems und nicht einfach auf die Gier oder die erfolgreiche Lobbyarbeit von Unternehmen zurückzuführen. Schließlich agieren Konzerne so wie sie es tun, weil sie ihre Profitinteressen in der Konkurrenz gegen andere Unternehmen durchsetzen müssen. Wenn sie dem Konkurrenz- und Wachstumstrieb nicht folgen, werden sie mit dem Untergang bestraft. In diesem Prozess muss aus Geld mehr Geld gemacht werden, dies ist die dem Kapitalismus innewohnende abstrakte, irrationale und zerstörerische Logik, die versucht alle Bereiche des Lebens in sich aufzusaugen. Konzerne, die nicht dieser Logik folgen, haben ihr Unternehmensziel im Rahmen kapitalistischer Vergesellschaftung verfehlt. Zu kritisieren sind daher weniger die Profitorientierung der Einzelkonzerne und ihre Versuche, ihre Interessen durchzusetzen, sondern die Logik und Funktionsweise eines irrationalen Systems, das immer offensichtlicher an seine Grenzen stößt.

Dabei wäre die Illusion zu verabschieden, Staat und Politik seien eine Art Gegeninstanz zum kapitalistischen Verwertungsprozess. Kapitalismus ist nicht auf die Wirtschaft beschränkt und wird nicht ausschließlich von den Unternehmen vorangetrieben. Die kapitalistische Form prägt die ganze Gesellschaft einschließlich der Politik. Der moderne Staat und mit ihm die Sphäre der Politik ist erst mit der Entwicklung des Kapitalismus entstanden. Der Staat ist abhängig vom Verwertungsprozess und seinem Abfallprodukt, den Steuern. Dieser Abhängigkeit ist geschuldet, dass auch der Staat ‚alles‘ für das Gelingen der Kapitalverwertung tun muss. Er agiert als ‚ideeller Gesamtkapitalist‘, der für das kapitalistische Allgemeinwohl zuständig ist. Und wenn dazu Abkommen wie TTIP, CETA und TiSA notwendig erscheinen, dann wird dies auch umgesetzt – was auch immer dies für die Menschen und ihre Bedürfnisse bedeutet. In der Krise des Kapitalismus steht staatliches Handeln vor der Herausforderung, Standorte und Verwertungsräume zu stärken – im Falle von TTIP gemeinsam mit den westlichen Verbündeten, um den alteingesessenen Machtblock gegen ‚Emporkömmlinge‘ aus den sog. Schwellenländern zu verteidigen.

Auch wenn es unrealistisch erscheint, ist es sinnvoll, alles zu unternehmen, um TTIP und Co. zu verhindern. Das allein aber wäre nur eine Kritik am aufgewärmten Kaffee: Es kommt darauf an, endlich das ‚Ganze‘ der kapitalistischen Gesellschaftsform kritisch zu analysieren. Erst eine radikale Kritik, die nicht nur die wirtschaftlichen Interessen hinter Phänomenen wie TTIP oder auch Landgrabbing, Rüstungsexporten, schlechten Arbeitsbedingungen oder Umweltzerstörungen sieht, kann eine wirkliche Veränderung hervorbringen. Erst eine solche radikale Kritik kann zur Entwicklung von Gesellschaftsformen führen, in denen die Bedürfnisse von ALLEN Menschen erfüllt werden und an deren Entscheidungen ALLE Menschen gleichberechtigt teilhaben können.